



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 215 -

Kiel, 3. November 2011
Landeshaus
Tel. (0431) 5300 1141
(0431) 5300 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die

75. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

*am Mittwoch, dem 2. November 2011,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:35 Uhr

Vor dem Hintergrund zweier neu vorgelegter Änderungsanträge stellte der Ausschuss seine abschließende Beratung über den Gesetzentwurf der Landesregierung über den **Vollzug der Untersuchungshaft in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 17/1255](#), bis zu seiner nächsten Sitzung, am 9. November 2011, zurück.

Die Ausschussmitglieder empfahlen dem Landtag einstimmig, in dem **Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht zur verfassungsrechtlichen Prüfung der Vereinbarkeit des Gesetzes für den Freistaat Oldenburg in Angelegenheiten der Zwangsvollstreckung durch die Staatliche Kreditanstalt Oldenburg**, [Umdruck 17/2764](#), keine Stellungnahme abzugeben.

Zum **Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung** beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages über die Situation der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit 2009 bis 2010, [Drucksache 17/1799](#), empfahl der Ausschuss dem federführenden Sozialausschuss, dem Landtag einstimmig die Kenntnisnahme zu empfehlen.

Der Ausschuss beschloss, zu den Anträgen zum Thema „**Bessere Kontrolle der Schusswaffen in Schleswig-Holstein**“, [Drucksachen 17/1874](#), [17/1904](#) und 17/1907, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen wurden gebeten, ihre Anzuhörenden bis zum 12. November 2011 gegenüber der Geschäftsführung des Ausschusses zu benennen.

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Novellierung des Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetzes (BFQG) zu einem Weiterbildungsgesetz Schleswig-Holstein (WBG)**, [Drucksache 17/1854](#), schloss sich der Ausschuss dem Verfahren des federführenden Bildungsausschusses an.

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Konsolidierung kommunaler Haushalte (Kommunalhaushaltkonsolidierungsgesetz)**, [Drucksache 17/1868](#), folgte der Ausschuss der Empfehlung des beteiligten Finanzausschusses und nahm in Aussicht, am 23. November 2011 eine mündliche Anhörung durchzuführen. Die Anzuhörenden sollen gegenüber der Geschäftsführerin des Ausschusses bis zum 4. November 2011 benannt werden. Die Landesregierung wurde außerdem gebeten, den Ausschüssen die zum Referentenentwurf eingeholten Stellungnahmen zur Verfügung zu stellen. Der Innen- und Rechtsausschuss behielt sich außerdem vor, nach Abschluss der Benennungsfrist durch die Fraktionen gegebenenfalls über den Kreis der Anzuhörenden noch einmal zu beraten.

Seine Beratungen des Antrags der Fraktion der SPD, **Für eine tolerante und offene Gesellschaft, Rechtspopulismus entschlossen entgegentreten!**, [Drucksache 17/1867](#), und zum Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, [Drucksache 17/1910](#), verschob der Ausschuss auf seine nächste Sitzung am 9. November 2011.

Mehrheitlich lehnte der Ausschuss den Antrag der Fraktion des SSW ab, zum Antrag der Fraktion des SSW, **Schleswig-Holsteinischer Integrationsplan für Roma**, [Drucksache 17/1887](#), eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die abschließende Beratung und Beschlussfassung zu dem Antrag wurde auf die nächste Sitzung des Ausschusses am 9. November 2011 verschoben.

Der Ausschuss nahm die **Beschlüsse der 23. Veranstaltung „Altenparlament“**, [Umdruck 17/2842](#), zur Kenntnis und stellte den Fraktionen anheim, gegebenenfalls aus ihnen politische Initiativen zu entwickeln.

Die Terminplanung des Innen- und Rechtsausschusses für das erste Halbjahr 2012, [Umdruck 17/2827](#), wurde in der vorliegenden Fassung gebilligt.

Die Ausschussmitglieder nahmen in Aussicht, sich in einer Sitzung Anfang des Jahres 2012 von Vertretern von pro familia Schleswig-Holstein die Beratungsstelle im Packhaus, Ambulante Therapie von erwachsenen Tätern/Täterinnen sexueller Gewalt, vorstellen zu lassen.

Schluss: 15:25 Uhr

gez. Dörte Schönfelder